



**REPUBLIK ÖSTERREICH**  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN

A-1011 Wien, Stubenring 1  
DVR 37 257  
Telex 111145 regeb a, 111780 regeb a  
Telefax 713 79 95, 713 93 11  
Telefon 0222/71100 Durchwahl  
Name/Tel.-Klappe des Sachbearbeiters:

91.511/2-III/7/97

Geschäftszahl

Dr. Schwarzer/5662

An das  
Präsidium des Parlamentes

Bitte in der Antwort die  
Geschäftszahl dieses  
Schreibens anführen.

Dr. Karl Renner-Ring 3  
1017 Wien

Betreff: Ziviltechnikerkammergegesetz 1993;  
§ 77; Änderung; Begutachtung;

<b>Gesetzentwurf</b>	
Zl.	63 -GE/19 P7
Datum	18. 8. 1997
Verteilt	19. 8. 97 ✓

*St. Lahrwolq*

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten beeht sich, 25 Ausfertigungen der im Betreff angeführten Novelle zum Ziviltechnikerkammergegesetz 1993 zu übermitteln.

Die Frist zur Stellungnahme wurde mit 15. September 1997 festgelegt.

Wien, am 31. Juli 1997  
Mit freundlichen Grüßen  
Für den Bundesminister:  
SC Dr. Koprivinikar

Beilagen

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*Anton*

GZ 91 511/2-III/7/97

Entwurf 15.7.97

Bundesgesetz, mit dem das Ziviltechnikerkammergegesetz 1993 geändert wird

Der Nationalrat hat beschlossen:

Das Ziviltechnikerkammergegesetz 1993, BGBl. Nr. 157/1994, wird wie folgt geändert:

Dem § 77 wird folgender Abs. 3 angefügt:

"(3) Gemäß § 16 des Ingenieurkammergezes, BGBl. Nr. 71/1969, abgeschlossene Schiedsverträge bleiben in Kraft. § 16 Abs. 1, 3 und 4 sowie Abs. 2 erster Satz des Ingenieurkammergezes sind auf diese Schiedsverträge weiterhin anzuwenden."

## V O R B L A T T

### Problem:

Schiedsgerichtsvereinbarungen zwischen Ziviltechnikern und deren Auftraggebern, die gemäß § 16 des Ingenieurkammergesetzes (1969) geschlossen wurden, sind mit Inkrafttreten des Ziviltechnikerkammergesetzes 1993, das ein Schiedsgericht als Einrichtung der Architekten- und Ingenieurkonsulentenkammern nicht mehr vorsieht, nicht mehr anwendbar.

### Ziel:

Durch die Novelle sollen solche Vereinbarungen anwendbar bleiben.

### Kosten:

Mit der Gesetzesänderung sind keine Folgekosten für den Bund verbunden.

### Alternativen:

Keine.

### Kompetenz:

Art. 10 Abs. 1 Z 8 B-VG ("Ingenieur- und Ziviltechnikerwesen").

### EU-Konformität:

EU-Recht wird nicht berührt.

## ERLÄUTERUNGEN

Die Bestimmungen des Ingenieurkammergesetzes, BGBI.Nr. 71/1969, das durch das Ziviltechnikerkammergesetz 1993 (ZTKG), BGBI. Nr. 157/1994 ersetzt wurde, sah im § 16 ein Schiedsgericht der Landeskammern vor, das berufen war, über Streitigkeiten zwischen Kammermitgliedern und deren Auftraggebern zu entscheiden, wenn dies im Vertrag vereinbart wurde.

Das ZTKG sieht ein solches Schiedsgericht nicht vor, weil es den Vertragspartnern frei steht, eine Schiedsklausel in ihre Verträge aufzunehmen, ohne daß dafür eine Mitwirkung der Architekten- und Ingenieurkonsulentenkammern zu normieren war.

Der OGH kam in einem Verfahren (1 Ob 641/95 vom 26.3.1996) zum Ergebnis, daß Schiedsvereinbarungen erlöschen, wenn das in einer Schiedsvereinbarung berufene Organ einer beruflichen Standesvertretung wegfällt. Das bedeutet, daß alle vor Inkrafttreten des ZTKG vereinbarten Schiedsklauseln, die das Schiedsgericht der Ingenieurkammern als Schiedsinstanz vereinbart hatten, nicht mehr anzuwenden sind.

Die Bundeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulanten hat darauf hingewiesen, daß Schiedsgerichtsvereinbarungen in Ziviltechnikerverträgen einen hohen, insbesondere prozeßökonomischen Stellenwert haben und vor allem bei Verträgen mit ausländischen Partnern von großer Bedeutung sind, weil damit ein inländischer Gerichtsstand vereinbart wird.

Durch die vorgeschlagene Regelung werden auf § 16 IKG 1969 gestützte Schiedsvereinbarungen aufrechterhalten, ohne daß aber die Kammern zu einer Mitwirkung am Verfahren berufen sind. Gemäß der in Geltung belassenen Bestimmung des § 16 Abs. 3 IKG 1969 richtet sich die Bestellung der Schiedsrichter und des Obmannes (früher Abs. 2 zweiter Satz) nun nach den Bestimmungen der ZPO. Inzwischen ungeachtet der Rechtsansicht des OGH durchgeföhrte Schiedsverfahren erhalten durch die Novellierung ihre zweifelsfreie Rechtsgrundlage.

Von der Weitergeltung des § 16 Abs. 5 wurde deshalb abgesehen, weil die Schiedsgerichtsordnung in den Rang eines Bundesgesetzes gehoben und damit die Frage der hinreichenden Publikation geprüft werden müßte. Die Vollziehbarkeit der Abs. 1 bis 4 ist dadurch nicht beeinträchtigt.

91511/2-III/7/97

## Verteiler

An  
Bundeskanzleramt

Ballhausplatz 2  
1014 Wien

Bundeskanzleramt - Verfassungsdienst

Ballhausplatz 2  
1014 Wien

Bundeskanzleramt - Sektion II

Ballhausplatz 2  
1014 Wien

Bundeskanzleramt - Sektion I/5

Mariahilferstraße 22  
1017 Wien

Bundeskanzleramt - Sektion IV

Hohenstauffengasse 9  
1014 Wien

Bundeskanzleramt - Abt. I/11

Ballhausplatz 2  
1014 Wien

Bundeskanzleramt - Abt. I/12

Minoritenplatz 9  
1014 Wien

Bundeskanzleramt - Bundes-  
ministerium für Frauenangelegenheiten  
und Verbraucherschutz  
zH Fr. Bundesminister Dr. PRAMMER

Ballhausplatz 2  
1014 Wien

**Bundesministerium für Justiz**

Museumstraße 7  
1070 Wien

**Bundesministerium für  
Landesverteidigung**

Dampfschiffstraße 2  
1033 Wien

**Bundesministerium für Umwelt,  
Jugend und Familie**

Radetzkystraße 2  
1030 Wien

**Bundesministerium für  
Unterricht und kulturelle  
Angelegenheiten**

Minoritenplatz 5  
1014 Wien

**Bundesministerium für Wissenschaft  
und Verkehr**

Minoritenplatz 5  
1014 Wien

**Rechnungshof**

Dampfschiffstraße 2  
1033 Wien

**Volksanwaltschaft**

Singerstraße 17  
1015 Wien

**Amt der Salzburger  
Landesregierung**

**Chiemseehof  
5010 Salzburg**

**Amt der  
Steiermärkischen  
Landesregierung**

**Landhaus  
8011 Graz**

**Amt der Tiroler  
Landesregierung**

**Landhaus  
6020 Innsbruck**

**Amt der  
Vorarlberger Landesregierung  
Landhaus  
Montfortstraße 4-14  
6901 Bregenz**

**Amt der Wiener  
Landesregierung**

**Friedrich-Schmidt-Platz 5  
1082 Wien**

**Verbindungsstelle der  
Bundesländer beim Amt der  
NÖ Landesregierung  
Schenkenstraße 4  
1014 Wien**

**Österreichischer Städtebund**

**Rathaus  
1082 Wien**

Rat für Wissenschaft  
und Forschung

Minoritenplatz 5  
1014 Wien

Österreichische Rektorenkonferenz

Liechtensteinstraße 22  
1090 Wien

Österreichischer Ingenieur- und  
Architekten - Verein

Eschenbachgasse 9  
1010 Wien

Bundeskammer der Architekten  
und Ingenieurkonsulenten

Karlsgasse 9  
1040 Wien

Finanzprokuratur

Singerstraße 17  
1015 Wien

Österr. Statistisches Zentralamt

Hintere Zollamtstraße 2b  
1033 Wien

Büro des Datenschutzrates

Ballhausplatz 1  
1014 Wien

Amt der  
Burgenländischen Landesregierung

Landhaus  
7000 Eisenstadt

Amt der  
Kärntner Landesregierung

Arnulfplatz 1  
9021 Klagenfurt

Amt der  
Niederösterreichischen  
Landesregierung

Herrengasse 9  
1014 Wien

Amt der  
Oberösterreichischen  
Landesregierung

Klosterstraße 7  
4020 Linz

Österreichischer Gemeindebund

Johannesgasse 15  
1010 Wien

Wirtschaftskammer Österreich

Wiedner Hauptstraße 63  
1045 Wien

Bundesarbeitskammer

Prinz Eugen Straße 20-22  
1040 Wien

Österreichischer Gewerkschaftsbund

Hohenstaufengasse 10  
1011 Wien

Präsidentenkonferenz der  
Landwirtschaftskammern Österreichs

Löwelstraße 12-16  
1010 Wien

Vereinigung Österreichischer  
Industrieller

Schwarzenbergplatz 4  
1030 Wien

Österreichischer  
Landarbeiterkammertag

Marco d'Avinogasse 1  
1010 Wien

Kammer der  
Wirtschaftstreuhänder

Bennoplatz 4  
1081 Wien

GZ 91 511/2-III/7/97

Entwurf 15.7.97

Bundesgesetz, mit dem das Ziviltechnikerkammergegesetz 1993 geändert wird

Der Nationalrat hat beschlossen:

Das Ziviltechnikerkammergegesetz 1993, BGBl. Nr. 157/1994, wird wie folgt geändert:

Dem § 77 wird folgender Abs. 3 angefügt:

"(3) Gemäß § 16 des Ingenieurkammergezes, BGBl. Nr. 71/1969, abgeschlossene Schiedsverträge bleiben in Kraft. § 16 Abs. 1, 3 und 4 sowie Abs. 2 erster Satz des Ingenieurkammergezes sind auf diese Schiedsverträge weiterhin anzuwenden."

## V O R B L A T T

**Problem:**

Schiedsgerichtsvereinbarungen zwischen Ziviltechnikern und deren Auftraggebern, die gemäß § 16 des Ingenieurkammergesetzes (1969) geschlossen wurden, sind mit Inkrafttreten des Ziviltechnikerkammergesetzes 1993, das ein Schiedsgericht als Einrichtung der Architekten- und Ingenieurkonsulentenkammern nicht mehr vorsieht, nicht mehr anwendbar.

**Ziel:**

Durch die Novelle sollen solche Vereinbarungen anwendbar bleiben.

**Kosten:**

Mit der Gesetzesänderung sind keine Folgekosten für den Bund verbunden.

**Alternativen:**

Keine.

**Kompetenz:**

Art. 10 Abs. 1 Z 8 B-VG ("Ingenieur- und Ziviltechnikerwesen").

**EU-Konformität:**

EU-Recht wird nicht berührt.

## ERLÄUTERUNGEN

Die Bestimmungen des Ingenieurkammergegesetzes, BGBI.Nr. 71/1969, das durch das Ziviltechnikerkammergegesetz 1993 (ZTKG), BGBI. Nr. 157/1994 ersetzt wurde, sah im § 16 ein Schiedsgericht der Landeskammern vor, das berufen war, über Streitigkeiten zwischen Kammermitgliedern und deren Auftraggebern zu entscheiden, wenn dies im Vertrag vereinbart wurde.

Das ZTKG sieht ein solches Schiedsgericht nicht vor, weil es den Vertragspartnern frei steht, eine Schiedsklausel in ihre Verträge aufzunehmen, ohne daß dafür eine Mitwirkung der Architekten- und Ingenieurkonsulentenkammern zu normieren war.

Der OGH kam in einem Verfahren (1 Ob 641/95 vom 26.3.1996) zum Ergebnis, daß Schiedsvereinbarungen erlöschen, wenn das in einer Schiedsvereinbarung berufene Organ einer beruflichen Standesvertretung wegfällt. Das bedeutet, daß alle vor Inkrafttreten des ZTKG vereinbarten Schiedsklauseln, die das Schiedsgericht der Ingenieurkammern als Schiedsinstanz vereinbart hatten, nicht mehr anzuwenden sind.

Die Bundeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten hat darauf hingewiesen, daß Schiedsgerichtsvereinbarungen in Ziviltechnikerverträgen einen hohen, insbesondere prozeßökonomischen Stellenwert haben und vor allem bei Verträgen mit ausländischen Partnern von großer Bedeutung sind, weil damit ein inländischer Gerichtsstand vereinbart wird.

Durch die vorgeschlagene Regelung werden auf § 16 IKG 1969 gestützte Schiedsvereinbarungen aufrechterhalten, ohne daß aber die Kammern zu einer Mitwirkung am Verfahren berufen sind. Gemäß der in Geltung belassenen Bestimmung des § 16 Abs. 3 IKG 1969 richtet sich die Bestellung der Schiedsrichter und des Obmannes (früher Abs. 2 zweiter Satz) nun nach den Bestimmungen der ZPO. Inzwischen ungeachtet der Rechtsansicht des OGH durchgeführte Schiedsverfahren erhalten durch die Novellierung ihre zweifelsfreie Rechtsgrundlage.

Von der Weitergeltung des § 16 Abs. 5 wurde deshalb abgesehen, weil die Schiedsgerichtsordnung in den Rang eines Bundesgesetzes gehoben und damit die Frage der hinreichenden Publikation geprüft werden müste. Die Vollziehbarkeit der Abs. 1 bis 4 ist dadurch nicht beeinträchtigt.

91511/2-III/7/97

## Verteiler

An  
Bundeskanzleramt

Ballhausplatz 2  
1014 Wien

.

Bundeskanzleramt - Verfassungsdienst

Ballhausplatz 2  
1014 Wien

.

Bundeskanzleramt - Sektion II

Ballhausplatz 2  
1014 Wien

.

Bundeskanzleramt - Sektion I/5

Mariahilferstraße 22  
1017 Wien

.

Bundeskanzleramt - Sektion IV

Hohenstauffengasse 9  
1014 Wien

.

Bundeskanzleramt - Abt. I/11

Ballhausplatz 2  
1014 Wien

.

Bundeskanzleramt - Abt. I/12

Minoritenplatz 9  
1014 Wien

.

Bundeskanzleramt - Bundes-  
ministerium für Frauenangelegenheiten  
und Verbraucherschutz  
zH Fr. Bundesminister Dr. PRAMMER

Ballhausplatz 2  
1014 Wien

.

**Bundesministerium für Justiz**

Museumstraße 7  
1070 Wien

**Bundesministerium für  
Landesverteidigung**

Dampfschiffstraße 2  
1033 Wien

**Bundesministerium für Umwelt,  
Jugend und Familie**

Radetzkystraße 2  
1030 Wien

**Bundesministerium für  
Unterricht und kulturelle  
Angelegenheiten**

Minoritenplatz 5  
1014 Wien

**Bundesministerium für Wissenschaft  
und Verkehr**

Minoritenplatz 5  
1014 Wien

**Rechnungshof**

Dampfschiffstraße 2  
1033 Wien

**Volksanwaltschaft**

Singerstraße 17  
1015 Wien

**Amt der Salzburger  
Landesregierung**

**Chiemseehof  
5010 Salzburg**

**Amt der  
Steiermärkischen  
Landesregierung**

**Landhaus  
8011 Graz**

**Amt der Tiroler  
Landesregierung**

**Landhaus  
6020 Innsbruck**

**Amt der  
Vorarlberger Landesregierung  
Landhaus  
Montfortstraße 4-14  
6901 Bregenz**

**Amt der Wiener  
Landesregierung**

**Friedrich-Schmidt-Platz 5  
1082 Wien**

**Verbindungsstelle der  
Bundesländer beim Amt der  
NÖ Landesregierung  
Schenkenstraße 4  
1014 Wien**

**Österreichischer Städtebund**

**Rathaus  
1082 Wien**

**Rat für Wissenschaft  
und Forschung**

**Minoritenplatz 5  
1014 Wien**

**Österreichische Rektorenkonferenz**

**Liechtensteinstraße 22  
1090 Wien**

**Österreichischer Ingenieur- und  
Architekten - Verein**

**Eschenbachgasse 9  
1010 Wien**

**Bundeskammer der Architekten  
und Ingenieurkonsulenten**

**Karlsgasse 9  
1040 Wien**

Bundeskanzleramt - Geschäftsführung  
der Bundesgleichbehandlungskommission

Ballhausplatz 2  
1014 Wien

Bundeskanzleramt - Seniorenkurie  
des Bundesseniorenbirates

Sperrgasse 8/III  
1150 Wien

Bundesministerium für  
Auswärtige Angelegenheiten

Ballhausplatz 2  
1014 Wien

Bundesministerium für  
Arbeit, Gesundheit und Soziales

Stubenring 1  
1011 Wien

Bundesministerium für  
Land- und Forstwirtschaft

Stubenring 1  
1011 Wien

Bundesministerium für  
Finanzen

Himmelpfortgasse 4-8  
1014 Wien

Bundesministerium für Inneres

Herrengasse 7  
1014 Wien

Finanzprokuratur

Singerstraße 17  
1015 Wien

Österr. Statistisches Zentralamt

Hintere Zollamtstraße 2b  
1033 Wien

Büro des Datenschutzrates

Ballhausplatz 1  
1014 Wien

Amt der  
Burgenländischen Landesregierung

Landhaus  
7000 Eisenstadt

Amt der  
Kärntner Landesregierung

Arnulfplatz 1  
9021 Klagenfurt

Amt der  
Niederösterreichischen  
Landesregierung

Herrengasse 9  
1014 Wien

Amt der  
Oberösterreichischen  
Landesregierung

Klosterstraße 7  
4020 Linz

Österreichischer Gemeindebund

Johannesgasse 15  
1010 Wien

Wirtschaftskammer Österreich

Wiedner Hauptstraße 63  
1045 Wien

Bundesarbeitskammer

Prinz Eugen Straße 20-22  
1040 Wien

Österreichischer Gewerkschaftsbund

Hohenstaufengasse 10  
1011 Wien

Präsidentenkonferenz der  
Landwirtschaftskammern Österreichs

Löwelstraße 12-16  
1010 Wien

Vereinigung Österreichischer  
Industrieller

Schwarzenbergplatz 4  
1030 Wien

Österreichischer  
Landarbeiterkammertag

Marco d'Avinogasse 1  
1010 Wien

Kammer der  
Wirtschaftstreuhänder

Bennoplatz 4  
1081 Wien